

1. Mai Zeitung

Die Zeitung zum Tag der Arbeit
Ausgabe vom 1. Mai 2022

P.P.
CH-5001
Aarau
Post CH AG



Programme 1. Maifeiern 2022

Aarau | Lenzburg | Menziken | Zofingen __ Seite 6

Baden | Brugg | Wohlen | Stein _____ Seite 7

1. Mai-Aufruf _____ Seite 2

Rekordhohe Gewinne
der Nationalbank _____ Seite 3

Fachkräfte ausbilden statt
Firmensteuern senken _____ Seite 4

Zeit für eine
echte Demokratie _____ Seite 5

Inserate _____ Seite 8

Das Archiv des AGB _____ Seite 9

- Pflegeinitiative
- Kinderbetreuung _____ Seite 10

- Krankenkassenprämien
- Rechtsauskunft AGB _____ Seite 11

Podium Steuergesetzrevision
Fest der Solidarität _____ Seite 12

Frieden, Freiheit, Solidarität

Aufruf zum Tag der Arbeit

Dieses Jahr erst recht: Heraus zum Tag der Arbeit!

«Ne usciremo migliori» oder «Andrà tutto bene» konnte man auf an Fenstern, Türen und Mauern angebrachten Plakaten in italienischen Städten und Dörfern während des ersten Lock-downs im Frühling 2020 lesen. Auch hierzulande dachte man anfangs, dass die Welle der Solidarität, die sich in unserer Gesellschaft zu Beginn der Pandemie ausbreitete, und das Gemeinschaftsgefühl, das die gegenseitige Unterstützung hervorrief, uns zu besseren Menschen machen und unsere Gesellschaft nach der Krise eine bessere, solidarischere sein würde. Es dauerte nicht lange, bis wir merkten, dass dies nur eine Illusion war. Während der Pandemie zementierten sich die Ungleichheiten und wurden sogar grösser. Wohlhabendere wurden weniger krank und hatten weniger schwere Verläufe als Menschen in sozial schwächeren Schichten. Die Pandemie machte die Armen ärmer und die Reichen reicher. Berufsgruppen, die als systemrelevant gefeiert wurden, bleiben immer noch schlecht bezahlt und erfahren keine besseren Arbeitsbedingungen. Lohnerhöhungen wurden nicht gewährt, weil wir alle «den Gürtel enger schnallen müssen». Währenddessen haben Städte und Kantone Millionen-gewinne erwirtschaftet, wie auch einige Firmen. Und was ist die Konsequenz? Im Aargau werden wir am 15. Mai 2022 über eine Steuergesetzrevision abstimmen, die es gewinnstarken Unternehmen ermöglichen soll, noch weniger Steuern zu zahlen. Dies zu Lasten der Gemeinden und Städte, die – so die Prognose – ihre Dienstleistungen abbauen und die Steuern für ihre Einwohner:innen erhöhen werden. Wir wissen, wohin solche Steuergeschenke führen: zum Abbau von Leistungen für die Aargauer:innen, und es wird wieder die sozial schwachen Bevölkerungsteile treffen, wie schon so oft. Und es geht noch weiter:



Silvia Dell'Aquila
Präsidentin Aargauischer Gewerkschaftsbund, Grossrätin

Die rechtsbürgerliche Mehrheit hat eine AHV-Reform auf dem Buckel der Frauen und Arbeitnehmenden beschlossen, gegen die die Gewerkschaften in kurzer Zeit erfolgreich das Referendum ergriffen haben. Auch gegen eine zunehmende Deregulierung des Arbeitsmarktes werden wir uns wehren müssen. Der Tag der Arbeit wird der Tag sein, an dem wir auf die Strasse gehen und zeigen, dass wir bereit sind, diese Angriffe auf Arbeitnehmende und die einfache Bevölkerung gemeinsam abzuwehren. Wir müssen zusammenstehen für eine soziale und gerechte Schweiz.

Solidarisch für Freiheit und Frieden auf der Welt entstehen

Doch gerade in diesen Zeiten ist die internationale Solidarität besonders hochzuhalten. Während der Pandemie ist uns noch einmal deutlich vor Augen geführt worden, in was für einer privilegierten und egoistischen Welt wir leben. Bei aller Ungerechtigkeit, die wir auch in der Schweiz erlebt haben, ist weltweit die Schere noch einmal deutlich aufgegangen – zwischen reichen und armen Ländern. Während wir wirtschaftliche Ressourcen auffahren konnten, als Erste Impfstoffe und Medikamente erhielten, obwohl wir doch eigentlich das bessere Gesundheitssystem haben, sind ärmere Länder untergegangen. Nach dem Motto «Jede:r ist sich selbst am nächsten» haben wir uns in der sogenannten «hochentwickelten Welt» sehr wenig darum gekümmert, was sonst auf der Welt so los ist, und uns dauernd selbst bemitleidet, weil wir einmal weniger in die Ferien fahren durften. Es gilt nun, für eine gerechte Welt einzustehen und andere Länder dabei zu unterstützen, wieder auf die Beine zu kommen und ihren Einwohnerinnen und Einwohnern eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Und wir müssen uns gemeinsam einsetzen gegen unsinnige Kriege, die Leid und Zerstörung hinterlassen, und für

eine menschliche Aufnahme von Flüchtenden aus aller Welt. Es ist notwendig, dass wir uns alle für Frieden und Freiheit überall auf der Welt einsetzen. Und zwar ernsthaft. **Dafür steht der Tag der Arbeit: für Solidarität, Freiheit und Frieden. Engagieren wir uns!**

Zum 1.-Mai-Slogan des SGB

Frieden ist die Voraussetzung für ein Leben in Würde. Die Gewehre und Bomben zum Schweigen zu bringen, ist überall und immer die Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der Völker. Ein Wettrüsten ist niemals eine nachhaltige Lösung; wir bevorzugen Investitionen in die Krisenprävention und den Schutz der Menschenrechte.

Die Freiheit der Völker, über ihre Organisation und ihr Schicksal zu entscheiden, ist die Voraussetzung für die Ausübung und den Schutz sozialer Rechte. Selbstbestimmung in demokratischen Institutionen ist die Voraussetzung, um für seine Arbeit, für ein faires Einkommen und ein Leben in Würde kämpfen zu können: Dieses Recht verteidigen ukrainische Gewerkschafter:innen, aber auch mutige Engagierte in Russland. Und es ist auch genau das, was die brutale Militär- und Polizeiunterdrückung der russischen Regierung zu zerschlagen versucht.

Schliesslich gilt: Echte Solidarität unter Arbeitnehmenden findet über Grenzen hinweg und unabhängig von der Nationalität statt. Wir wollen, dass Kriegsflüchtlinge in der Schweiz ein offenes Gastland finden, und dass die Schweiz ihren grösstmöglichen Teil zur Unterstützung der Zivilbevölkerung in der Ukraine beiträgt, die unter den Folgen des Krieges leidet. Die Nachbarländer, die wie immer die Hauptlast der Versorgung tragen, müssen schnell und effizient materiell unterstützt werden.

Der Krieg konfrontiert Millionen von Frauen, Männern und Kindern mit dem absoluten Horror. Unsere Antwort darauf ist uneingeschränktes Engagement, in der Schweiz und auf internationaler Ebene. **Für Frieden, Freiheit und Solidarität.**

Rekordhohe Gewinne der Nationalbank: Jetzt muss die AHV ihren Teil erhalten

von Daniel Lampart

Die Nationalbank hat mit dem Verkauf von Franken und den Negativzinsen Milliarden verdient. Die Altersvorsorge ist hingegen unter Druck. Darum soll die AHV an den Nationalbank-Gewinnen beteiligt werden. So, wie das bereits früher bei ausserordentlichen Gewinnen der Fall war. Darum lanciert der SGB eine Volksinitiative.

Der Franken war in den letzten zehn Jahren eines der gefragtesten Exportprodukte der Schweiz. Wegen der Unsicherheiten – insbesondere in der Eurozone – wollte die ganze Welt Franken kaufen. Damit sich der Franken nicht noch stärker aufwertet, produzierte die Nationalbank so viele Franken wie noch nie und verkaufte diese den Anlegern aus aller Welt.

Die Grössenordnung dieser Frankenverkäufe ist astronomisch. Vor der Finanzkrise besass die Nationalbank ungefähr 100 Milliarden Franken. Heute sind es zehn Mal mehr. Die Nationalbank hat somit in den letzten Jahren rund 900 Milliarden Franken verkauft. Die Einnahmen hat sie gewinnbringend auf der ganzen Welt angelegt. Sie machte damit in den letzten zehn Jahren rund 170 Milliarden Franken Gewinn. Das sind fast 20'000 Franken pro Einwohner:in der Schweiz.

Der SGB schlägt vor, dass in dieser ausserordentlichen Situation auch die AHV an den

SNB-Gewinnen beteiligt werden muss: Weil die Altersvorsorge wegen der Negativzinsen und der Geldpolitik weniger Erträge erwirtschaften kann. Und weil die AHV bereits in früheren Jahren einen Teil der SNB-Gewinne erhalten hat, wenn diese ausserordentlich hoch ausfielen. Um die Jahrtausendwende verkaufte die Nationalbank überschüssiges Gold, das sie nicht mehr für die Geldpolitik brauchte. Nach einer längeren Auseinandersetzung einigte man sich schliesslich darauf, dass die AHV 7 Milliarden Franken erhielt.

Einigen Kantonen gefällt das nicht. Sie erhalten heute zwei Drittel der Gewinne, der Bund ein Drittel. Diese Gewinnverteilung hat eine Geschichte. Bis zum Jahr 1905 konnten Kantone und Kantonbanken Noten ausgeben und Geld damit verdienen. Danach war Schluss damit. Das nationale Monopol für die Notenausgabe ging an die Nationalbank. Damit die Kantone finanziell nicht leer ausgingen, sicherte man ihnen zwei Drittel des SNB-Gewinnes zu.

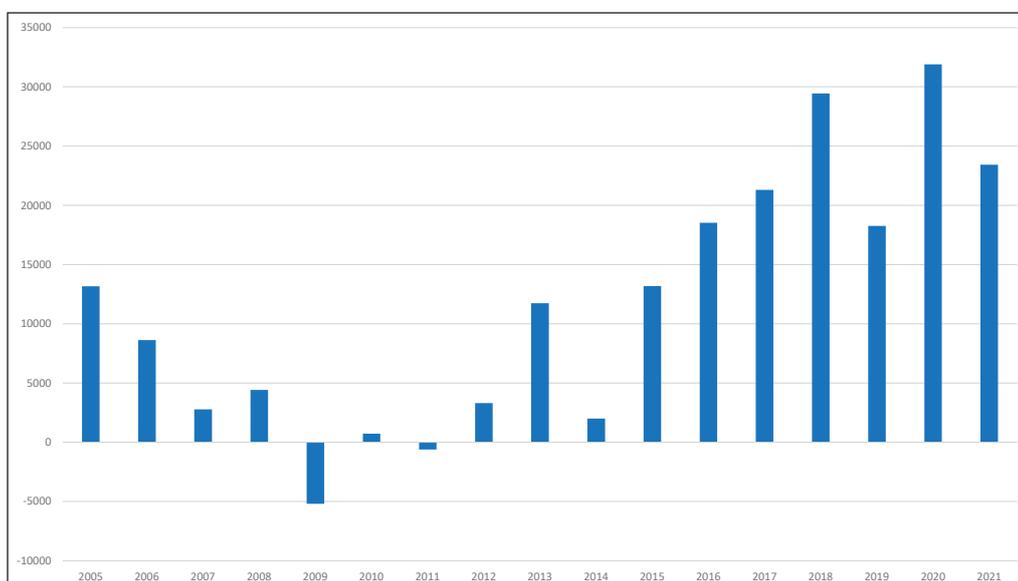
In den «normalen» Jahren vor der Finanzkrise betrug der Gewinn der SNB aus dem Notenmonopol ungefähr 2 Milliarden Franken pro Jahr. Doch mit der Geldpolitik seit

der Finanzkrise ist alles anders. Mit dem zehn Mal höheren Nationalbank-Vermögen von 1 Billion in Euro, Dollar, Gold usw. sind ganz andere Gewinne möglich. Die Nationalbank kann Jahr für Jahr ungefähr 8 bis 10 Milliarden Franken Gewinn machen (nach Rückstellungen der SNB). Die Kantone erhalten gegenwärtig 4 Milliarden Franken von der SNB. Das ist mehr als je zuvor. Angesichts der guten Finanzlage der Kantone sollte das reichen.

Die Nationalbank, gewisse Kantone und Economiesuisse behaupten, dass eine Ausschüttung von Nationalbank-Gewinnen an die AHV die Unabhängigkeit der Nationalbank und damit die Geldpolitik gefährden würde. Doch das ist ziemlich absurd. Heute schüttet die Nationalbank 6 Milliarden Franken pro Jahr aus. Das sind 6/1000 ihres Vermögens bzw. der Aktiven. Selbst wenn sie nach der Annahme unserer Initiative 8 oder 10 Milliarden Franken ausschütten würde, wären das nicht mehr als 8 oder 10/1000 des Vermögens. Der Unterschied zu heute ist ausgesprochen klein und wird keinen Einfluss auf die Geldpolitik der Nationalbank haben.



Daniel Lampart
Chefökonom Schweizerischer Gewerkschaftsbund



Gemittelte Jahresgewinne der SNB in Millionen Franken. Im Jahr 2021 betrug diese z.B. 31907 Millionen, bzw. 31,9 Milliarden Franken.

Fachkräfte ausbilden statt Firmensteuern senken.

von Carol Demarmels

«Alle Gymnasien, Mittel- und Berufsschulen werden ab Montag für eine Woche dichtgemacht», titelte die Zeitung 20 Minuten. Wer jetzt denkt, dies sei eine Massnahme im Zuge der Coronakrise: weit gefehlt! Der Artikel stammt aus dem Jahr 2016 und bezog sich auf eine akute Sparmassnahme des Kantons Luzern. Mit der Schliessung der Schulen wurden Ausgaben in der Höhe von 4 Millionen Franken gespart – hauptsächlich Lohnkosten. Die Lehrpersonen protestierten kurz darauf mit einer Strassenaktion gegen die unbezahlten Zwangsferien.

Warum der Kanton zu solch drastischen Mitteln griff? Als direkte Folge der Firmensteuersenkung, die Ausfälle von dutzenden Millionen jährlich zur Folge hatte. Ziel der Steuersenkung war es, möglichst viele Unternehmen in die Innerschweiz zu locken und den Standort attraktiver zu machen. Die Steuereinnahmen der Firmen im Kanton Luzern sprudelten dann aber nicht annähernd so, wie die Prognose versprochen hatte. Man hatte nämlich verschwiegen, dass der Plan auf reiner Spekulation beruhte, und dass mit massiven Kürzungen in

allen Angeboten zu rechnen wäre, sollte er nicht aufgehen: Von Bildung über Sicherheit, Gesundheit, Kultur und Klimapolitik bis hin zu den ergriffenen Schulschliessungen!



Carol Demarmels
Grossrätin SP

Ein ähnliches Schicksal droht nun dem Kanton Aargau: Die Unternehmenssteuern sollen per sofort gesenkt werden, mit der haltlosen Versprechung, dass scharenweise Firmen zuziehen würden. Zugegeben, die Senkung soll nicht derart massiv sein wie in Luzern und nur für die gewinnstärksten 5% der Unternehmen im Aargau gelten. Die von der Pandemie oft stark betroffenen KMU profitieren davon nicht. Aber genau diese KMU sind es, die im Aargau den Grossteil der Arbeitsplätze bieten.

Zur Folge hätte die Umsetzung der Revision Ausfälle von dutzenden Millionen Franken jährlich für den Kanton und die Gemeinden – kumuliert bis ins Jahr 2030 wären es fast 2 Milliarden Franken. Und dies mitten in aktuell unsicheren Zeiten, in denen die finanziellen Auswirkungen der Pandemie noch nicht bezifferbar sind. Selbst bei Eintreten der Firmenzuzugsprognosen ginge es Jahr-

zehnte, bis die Ausfälle der Revision kompensiert wären.

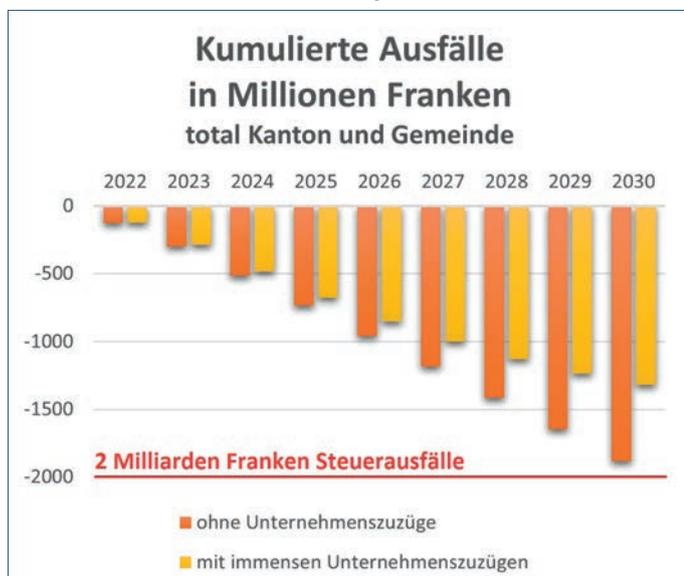
Dabei belegt der Kanton Aargau bereits jetzt Spitzenplätze in den beiden anerkanntesten Wirtschaftsstandortrankings – er liegt auf Platz 4 bzw. 5 von 26 im Kantonsvergleich. Und mit der Um-

setzung des OECD-Mindeststeuersatzes für Unternehmen wäre der Aargau sogar noch attraktiver für Unternehmen – da die Nachbarkantone ihre Firmensteuern erhöhen müssten. Eine Senkung der Firmensteuer ist im Aargau schlichtweg nicht nötig.

Schlechter hingegen schneidet der Aargau in den Analysen bei der Verfügbarkeit von Fachkräften ab. Gleichzeitig kämpft der Kanton seit Längerem mit im Vergleich zum Schweizer Mittel erhöhten Arbeitslosenzahlen, insbesondere bei der Jugendarbeitslosigkeit. Anstelle von Steuersenkungen sollte hier angesetzt werden: mit Investitionen in die Ausbildung von Fachkräften, der Unterstützung von Jugendlichen beim Berufseinstieg, der Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. All dies birgt grosses Potential für die Aargauer Bevölkerung und Wirtschaft. Mit der geplanten Revision würde das Geld dafür fehlen.

Zu einer Zustimmung zur Revision gelockt wird die Bevölkerung durch eine Kombination der Unternehmenssteuersenkung mit einem höheren Krankenkassenabzug in der Steuererklärung. Für die meisten Haushalte bedeutet dies kurzfristig eine geringfügige Steuererleichterung – aber nur, wer richtig viel verdient, profitiert auch stark. Begleichen müssen die Ausfälle hingegen alle Bürger:innen durch Erhöhungen der Gemeindesteuern und Kürzungen im öffentlichen Angebot. Gespart wird dann erneut in der Bildung, im Sozial- und Kulturbereich und in der Familien- und Klimapolitik.

Nicht mit uns! Deshalb Nein zur Steuergesetzrevision am 15. Mai!



NEIN am 15. Mai 2022

NEIN
AARGAUER STEUER-BSCHISS!
 Reiche Unternehmen profitieren, wir alle zahlen.
www.steuergesetznein.ch

Zeit für eine echte Demokratie

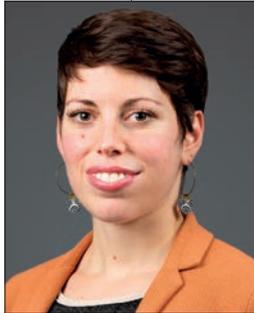
von Lisa Mazzone

Der Grundsatz der Demokratie besagt, dass jede Person, die in einem Land dauerhaft lebt und seinen Gesetzen und Steuern unterliegt, mitreden darf. Die Schweiz ist diesbezüglich eine Scheindemokratie. Ein Viertel der schweizerischen Bevölkerung ist schlicht von den Entscheidungen ausgeschlossen. Im Kanton Genf sind es sogar mehr als 41%. Zum Vergleich: Es ist, wie wenn die ganze Romandie am Abstimmungssonntag zum Schweigen gezwungen wäre. Von den über zwei Millionen Ausländerinnen und Ausländern zählen rund eine halbe Million zur zweiten Generation; sie sind in der Schweiz geboren oder aufgewachsen. Sie sind verbunden mit uns, sie leisten ihren Beitrag zu unserer gemeinsamen Gesellschaft. Die Einbürgerung sollte eine Anerkennung dieser Tatsache sein. Und nicht ein Privileg, das teuer und kompliziert ist.

Und es geht unserer Demokratie nicht besser: Die Zahl der Einbürgerungen ist seit 2018 um mehr als 15% gesunken. Der Rückgang ist die logische Konsequenz der letzten Verschärfung des Einbürgerungsgesetzes. So hat die bürgerliche Mehrheit des Parlaments neue Restriktionen im Bereich der Sozialhilfe und höhere Hürden beschlossen: Nur Leute, die schon eine Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis) besitzen, haben Anspruch auf das Bürgerrecht. Unsere Dreiviertel-Demokratie

könnte zu einer Zweidrittel-Demokratie werden.

Für die Betroffenen gibt es eine zweite



Lisa Mazzone
Nationalrätin Grüne

Dimension: die Sicherheit. Die Nationalität bleibt das einzige Kriterium, das einen bedingungslosen Aufenthalt gewährleistet. Wer nur eine Niederlassungsbewilligung besitzt, hat einen zunehmend prekären Status. Mit der Ausschaffungsinitiative können auch mildere Straftaten zu einer Ausschaffung führen. Zudem wird die Aufenthaltsbewilligung infrage gestellt, wenn jemand finanzielle Unterstützung von der Sozialhilfe braucht. In diesem Kontext kommt es leider oft vor, dass Personen ohne Schweizer Pass aus Angst auf Sozialhilfe verzichten. Die Diskriminierung, die viele Ausländer:innen auf dem Arbeitsmarkt und bei der Suche nach einer Wohnung erleben, wird dadurch noch verschärft. Es entsteht eine Zweiklassen-Gesellschaft.

Es ist höchste Zeit, Fortschritte im Bereich der Einbürgerung zu erzielen. Ein Blick in die Vergangenheit hilft: 1982, 1992 und 2001 hat der Bundesrat dreimal vorgeschlagen, die Einbürgerung der zweiten Generation zu erleichtern. Leider vergeblich. In den letzten 20 Jahren hat die SVP das Feld mit einem Ausschlussdiskurs besetzt und die öffentliche Debatte sehr negativ geprägt. Aber 2017 haben nicht nur eine Mehrheit der Wähler:innen, sondern auch eine Mehrheit der Kantone deutlich Ja gesagt zur Erleichte-

rung der Einbürgerung der dritten Generation. Und heute äussert sich eine Mehrheit der Bevölkerung in Umfragen für eine automatische Einbürgerung der zweiten Generation.

Während beim Volk der Wind schon gedreht hat, scheint es im Parlament schwierig zu werden. Die Motion von Paul Rechsteiner (SP) für ein «ius soli» (automatische Einbürgerung bei der Geburt) wurde von den Bürgerlichen abgelehnt. Meine Motion für eine erleichterte Einbürgerung der zweiten Generation wird noch in einer Kommission diskutiert, aber der Weg ist voller Hürden. Insofern ist die Volksinitiative, die von der Aktion Vierviertel angekündigt wurde, extrem nötig. Sie erlaubt, ein neues Paradigma zu etablieren: «Wer hier lebt, soll ein Grundrecht auf Einbürgerung haben. Lasst uns gemeinsam die Schweiz verändern.» Oder anders gesagt, lasst uns gemeinsam anerkennen, wie die Schweiz wirklich ist: vielfältig.

Impressum

Herausgeber:

- Aarg.Gewerkschaftsbund AGB
- SP des Kantons Aargau
- Unia Region AG-NWS
- vpod Region Aargau-Solothurn
- syndicom Aargau

AGB, Bachstrasse 43, 5000 Aarau

Layout: Mira Meier, Baden

Umsetzung und Redaktion:

Roman Hostettler, Sekretär AGB, Aarau
Renato Mazzocco, Aarau

Druck:

Grafische Gesamtlösungen Bialek
5722 Gränichen / 062 822 88 88

Auflage: 14 000 Exemplare



**AKTION
VIERVIERTEL**

**Für ein Grundrecht auf
Einbürgerung**

1. Maifeiern 2022

Aarau Holzmarkt (Graben), 16.00 - 20.00

ACHTUNG die Feier 2022 findet am Samstag, 30. April statt

Umzug ab Bahnhof 16.00 (Besammlung Bahnhof 15.40)

Ansprachen ab 16.30 von:



Rolf Schmid
Präsident Netzwerk
Asyl Aargau



Sibel Arslan
Nationalrätin Grüne

Sponsoring: Coop Rechtsschutz und kalkor.ch treuhand

Rahmenprogramm ab 16.00

- Festwirtschaft
- Info- und Marktstände
- Musik mit **Otrava Band** (kunterbunter Klezmer-Klamauk)
- Poetry Slam von **Etrit Hasler**



Moderation: Silvia Dell'Aquila (Grossrätin / Stadträtin SP Aarau, Präsidentin Aarg. Gewerkschaftsbund und 1. Maikomitee Aarau)
Organisation: 1. Mai-Komitee Aarau

Lenzburg Metzplatz, 10.00 - 14.00

Ansprachen 11.00 / 12.30 von:



Charles Lewinsky
Schriftsteller und
Drehbuchautor



Silvia Dell'Aquila
Grossrätin / Stadträtin
SP, Präsidentin Aarg.
Gewerkschaftsbund

Organisation: 1. Mai-Komitee Lenzburg

Rahmenprogramm 10.00 - 14.00

- Brunch-Bufferet à discretion
- Festwirtschaft / Grill
- Kaffee von Don Camillo / Glacé von Balu's Manufaktur
- Musik (Irish Folk, Balladen, Traditional)
- Familienspiele

Moderation: Gabi Lauper Richner, Grossrätin SP, Präsidentin SP Bezirk Lenzburg

Zofingen Metzplatz, 15.00 - 19.00

Ansprachen 15.30 / 16.00 von:



Christian Nöthiger
Einwohnerratsprä-
sident Zofingen



Lelia Hunziker
Grossrätin SP,
Präsidentin VPOD

Rahmenprogramm / Festwirtschaft ab 15.00

- Risotto und Feines vom Grill (ab 16.00)
- Musik mit «The Klezmorim Quartet»

Organisation und Moderation: 1. Mai-Komitee Bezirk Zofingen

Menziken

Gemeindsaal, Menziken
18.00 - 21.00

Vorabendfeier! Samstag, 30. April

Ansprache 19.00 von:



**Co-Präsidium SP
Aargau**
gemäss Neuwahl
vom 9. April 2022

Rahmenprogramm ab 18.00:

- Verpflegung einfach und handfest
- Kaffee und Kuchen

Moderation: Alfred Merz, Präsident SP Menziken-Burg, Grossrat, Gemeinderat
Organisation: 1. Mai-Komitee Bezirk Kulm

Baden

Bahnhofplatz, 12.30 - 18.00

Ansprachen 13.30 und 15.15 von:



Steffi Kessler
Stadträtin SP



Ronja Jansen
Präsidentin JUSO
Schweiz



Lelia Hunziker
Grossrätin SP,
Präsidentin VPOD



Mia Jenni
Einwohnerrätin
Obersiggenthal,
Präs. 1. Maikomitee

Vertreter:innen NoFrontex Referendum

Organisation: 1. Mai-Komitee Baden – Bezirke Baden und Zurzach
Button à 5 Franken zur Unkostendeckung

Rahmenprogramm 12.00 - 18.00

- Festwirtschaft
- Musik mit **Otrava Band** (kunterbunter Klezmer-Klamauk)



Begrüssung und Moderation:
Mia Jenni, Präsidentin 1. Mai-Komitee Baden

Stein

beim Saalbau, 15.00 - 18.30

Ansprachen ab 15.30 von:



Ronja Jansen
Präsidentin JUSO
Schweiz



Dieter Egli
Regierungsrat SP



Jakub Morzycki
Klimastreik-Bewegung

Festbetrieb ab 15.00

- Festwirtschaft mit Kaffeestube
- Live-Musik: **Accobella** (Eigenbau und Fremdklau Folksmusik)

Begrüssung: **Elisabeth Burgener Brogli**, Grossratspräsidentin SP
Moderation: **Carole Binder-Meury**, Grossrätin SP und Gemeinderätin Magden
1. Maikomitee Fricktal / SP Bezirksparteien Rheinfelden und Laufenburg

Wohlen

Schlössli Wohlen
12.30 - 16.00

Ansprachen 13.30 / 14.30 von:



Gabriela Suter
Nationalrätin SP



Fabian Molina
Nationalrat SP

Rahmenprogramm ab 12.30

- Risotto und Barbetrieb

Begrüssung und Moderation:
Cyrille Meier, Einwohnerratspräs. Wohlen und **Laura Pascolin**, Präs. SP Wohlen
Organisation: SP Bezirksparteien Bremgarten und Muri

Brugg

Odeon, 16.30 - 20.00

Ansprachen 17.00 / 17.15 von:



Barbara Horlacher
Stadtpräsidentin
Brugg, Grüne



**Elisabeth Burgener-
Brogli**
Grossratspräsidentin SP

Rahmenprogramm

- «Linke Lieder» von und mit **Olga Tucek**
- ab 16.30
Apéro an der Odeon-Bar



Begrüssung/Moderation und Organisation: 1. Mai-Komitee Bezirk Brugg

NEIN am 15. Mai 2022

NEIN

AARGAUER STEUER-BSCHISS!

Reiche Unternehmen profitieren,
wir alle zahlen.

www.steuergesetznein.ch



**Gemeinsam
mehr erreichen**

Jetzt VPOD-Mitglied werden!
agso.vpod.ch



syndicom
GEWERKSCHAFT MEDIEN UND KOMMUNIKATION
SYNDICAT DES MEDIAS ET DE LA COMMUNICATION
SINDACATO DEI MEDIA E DELLA COMUNICAZIONE
SINDICAT DA LAS MEDIAS E DA LA COMUNICAZIUN

Die Gewerkschaft für die Branchen:
Post, Kurier-, Express-, Paketmarkt (KEP) und Logistik, Mail, Verkehr
und Infrastruktur; Telecom, IT, Call Center, Telekommunikationsgewerbe,
Grafische Industrie und Verpackung, Buch und Medienhandel, Presse
und elektronische Medien, visuelle Kommunikation.

Stark, engagiert und kämpferisch

syndicom
Regionalsekretariat Olten
Hauptgasse 33, 4600 Olten

Tel.: 058 817 19 56
olten@syndicom.ch
www.syndicom.ch



**Für die Arbeiter*innen
von früher, heute und morgen.**

UNIA

Schliess Dich uns an!
www.ag-nws.unia.ch



buntBund
0628499494
RAIN 15
5000AARAU



**kalkor.ch
treuhand**
aarau: +41 62 823 16 70
info@kalkor.ch



ast arbeiter
strandbad
tennwil

www.tennwil.ch | strandbad@tennwil.ch | 056 667 14 34

Mehr als Erinnerung - Das Archiv des AGB steht allen offen

von Rita Lanz

Zum diesjährigen 1. Mai soll ein Blick in das kürzlich um die letzten 20 Jahre ergänzte Archiv des Aargauischen Gewerkschaftsbundes AGB im Staatsarchiv Aargau geworfen werden.

Was steht in den ersten Protokollen von 1907? Wer waren die ersten Frauen in den Gremien? Für welche Probleme brauchten die Mitglieder in den 1980er Jahren den Beistand des Sekretärs oder juristischen Rechtsschutz? Wer organisierte die 1. Mai-Feiern im Bezirk Brugg? Diese und viele andere Fragen können in nun 580 Dossiers, ergänzt mit einer Auswahl von Kampagnenplakaten und Fotobüchern, genauer erforscht werden.

Kampf gegen Abbau und für bessere Arbeitsbedingungen

Als Dachverband kümmert(e) sich der AGB und sein Sekretariat schwergewichtig um die kantonale Wirtschafts- und Sozialpolitik. Tiefe Löhne, Arbeitskräftemangel und Arbeitslosigkeit forderten den AGB immer stark. So kämpfte er 1935 für die Kriseninitiative des SGB, ab den 1950er Jahren mit den Folgen der Hochkonjunktur. Ganz anders dann die Situation ab 1975 als Betriebsschliessungen zu Entlassungswellen führten. In den 1990er Jahren gab es erstmals Langzeitarbeitslose, deren Entschädigungen mehrmals gekürzt werden sollten, die Aus- und Weiterbildung brauchten. Die Folgen der Finanzkrise 2007 wurden mit einem erweiterten "Aargauer Bündnis gegen die Krise" bekämpft. Aber auch der Einsatz für Ferien, Arbeitszeitverkürzung, Mieterschutz, mehr Lehrstellen sowie gegen ein

höheres Rentenalter, längere Ladenöffnungszeiten und falsche Steuergeschenke erstreckt sich bis weit in die Anfänge zurück.



Rita Lanz
Archivarin und Historikerin

Arbeit vor und hinter den Kulissen

Viele aktive Mitglieder kennen die politischen Kampagnen des AGB, weil sie sich auch selber daran beteiligen. Die Arbeit abseits der Öffentlichkeit ist aber genauso wichtig. Die Beiträge der Geschäftsleitung und anderer Gremien, die Zusammenarbeit mit den

eigenen politischen Vertreter:innen in Grossrat, Regierungsrat und Verwaltung, aber auch eigene Konzepte und Initiativen gegen Abbauprogramme des bürgerlich dominierten Kantons sind im AGB-Archiv gut und über lange Zeiträume dokumentiert. Diese bildeten oft die Grundlage für später sichtbare Erfolge.

Lokale Gewerkschaftsbünde

Ein wichtiges Bindeglied waren und sind die lokalen Gewerkschaftsbünde im ganzen Kanton. Über 200 Dossiers stammen aus den Bezirken Aarau, Baden, Brugg, Kulm, Lenzburg, Zofingen und dem Fricktal. Ausser den 1. Mai-Feiern und Protokollen sind Gründungsakten, Jahresberichte, Jubiläen, kulturelle Programme, die Volkshäuser und Bildungsausschüsse gut dokumentiert. Das älteste Dossier im Bestand stammt von der Arbeiterunion Aarau und Umgebung von 1904.

Italienische Kollegen haben den modernen Aargau gebaut

Auf grösseres Interesse dürften die Akten des AGB nach 1945 jetzt auch stös-

Kooperationsprojekt

2019/2020 fand eine grosse Ablieferung von Akten der im Volkshaus Aarau ansässigen Gewerkschaften AGB, Unia, VPOD und der kantonalen SP an das Staatsarchiv Aargau statt. Sie ergänzt dort die bereits 2011 abgelieferten und aufbereiteten Bestände. Die Verzeichnung der Dossiers im öffentlichen Archivkatalog (Erschliessung) erfolgt in einem gemeinsamen Projekt von Bibliothek und Archiv Aargau mit dem vom AGB initiierten Unterstützungsverein Aargauer Arbeiterbewegungs-Archive. Die rund 100 Laufmeter Akten wurden vorgängig gesichtet und geordnet. Unterlagen, die älter als 30 Jahre sind, sind in der Regel frei zugänglich. Das Projekt wird vom Swisslos-Fonds des Kantons Aargau unterstützt und läuft bis 2024.

Kontakt: Bibliothek und Archiv Aargau – Staatsarchiv, www.ag.ch/Staatsarchiv, Online-Inventar: NL.A-0282 AGB.



sen, da der Historische Verein des Kantons Aargau mit seinem Projekt "Zeitgeschichte Aargau 1950-2000" erstmals auch die Leistungen der Gewerkschaften und die Bedeutung der zugewanderten ausländischen Arbeitnehmenden für die kantonale Wirtschaft würdigt. Liefert das zugehörige Buch die wichtigsten Fakten zum Saisonier-System, so zeigt das AGB-Archiv zuerst den Einsatz gegen das neue Lohndumping der Arbeitgeber und später die Bemühungen für die Integration seiner migrantischen Mitglieder.



Pflegeinitiative – es braucht jetzt eine rasche Umsetzung!

von Sina Deiss

Es war ein historisches Ja zur Pflegeinitiative. 61 Prozent der Stimmbevölkerung haben sich für eine starke Pflege ausgesprochen. Nun hat der Bundesrat verkündet, die Initiative in zwei Etappen umzusetzen. Bis mit konkreten Vorgaben zu rechnen ist, dürfte es deshalb einige Zeit dauern. Angesichts der Personalknappheit im Gesundheitswesen braucht es aber jetzt konkrete Massnahmen.

Kantone stehen in der Pflicht

Der Bund hat zwar den Lead, doch für den Gesundheitsbereich sind hauptsächlich die Kantone zuständig – und damit auch für die Umsetzung der Initiative. Sie könnten viel schneller und konkreter Massnahmen



Sina Deiss
Sekretärin VPOD Aargau/
Solothurn

ergreifen, finanzielle Mittel sprechen, Mindeststandards festlegen und deren Einhaltung durchsetzen. Aber die meisten Kantone bewegen sich nicht ohne politischen Druck. Deshalb wurden mit den uns unterstützenden Parteien entsprechende Vorstösse und Interpellationen in mehreren Kantonen eingereicht, auch im Aargau. Im Kanton Zürich zeigen sich die ersten Erfolge. Dort hat der Regierungsrat beschlossen, schon jetzt 3.8 Millionen Franken in die Weiterbildung von Pflegepersonal zu investieren. Auch die Gesundheitsinstitutionen und -betriebe könnten bereits jetzt Massnahmen ergreifen und ihre Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten ausbauen.

Nicht ohne uns

Bisher hat der Bundesrat nicht vorgesehen, für die Ausarbeitung der Verordnungen und Massnahmen der Pflegeinitiative das Gesundheitspersonal und die Gewerkschaften zu involvieren. Ohne uns geht es aber nicht. Schliesslich weiss das Gesundheitspersonal am besten, wo der Schuh drückt und was es für eine nachhaltige Umsetzung der Initiative braucht. Und als Vertretung der Arbeitnehmenden im Gesundheitswesen müssen auch die Gewerkschaften miteinbezogen werden.

Klar ist: Für eine rasche und nachhaltige Umsetzung der Initiative braucht es weiterhin den gewerkschaftlichen und politischen Druck. Bleiben wir dran – gemeinsam stärken wir den Service Public.

Kinderbetreuung muss Service public werden: Jetzt in die Offensive!

von Cédric Wermuth

Kinder grossziehen ist Arbeit. Die Kinderbetreuung läuft nicht nebenher, sie erfordert Zeit, Geld und Energie. Heute übernehmen Frauen den Grossteil der unbezahlten Care-Arbeit, ohne die unsere Gesellschaft nicht existieren könnte, und reduzieren dafür ihr Erwerbsspensum. Das hat seinen Preis: Sie verfügen über ein tieferes Einkommen und später über eine tiefere Rente. Jährlich verdienen Frauen 100 Milliarden Franken weniger als Männer, obwohl sie gleich viele Stunden arbeiten. Die Unterschiede lassen sich grösstenteils auf die ungleiche Verteilung von unbezahlter Arbeit zurückführen.

Eine grosse Hürde für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellen die ungenügenden Betreuungsstrukturen dar. 60 Prozent der Eltern wünschen sich familienergänzende Kinderbetreuung. Die Kita-Plätze sind aber rar und teuer.

Mit der Kita-Initiative wollen wir sicherstellen, dass die familienergänzende Kinderbetreuung für alle Familien in der

Schweiz zugänglich und bezahlbar ist. Jedes Kind soll Anspruch auf einen Betreuungsplatz haben. Eltern sollen die passende Betreuung wählen dürfen: Die Initiative fördert Tagesfamilien, Kitas, Horte, schulergänzende Angebote sowie Ganztageschulen. Damit wird die heutige Betreuungslücke zwischen Mutterschaftspause und Schule geschlossen.

Zusätzlich will die Initiative die Arbeitsbedingungen der Angestellten in der Betreuung verbessern. Sie leisten eine gesellschaftlich wichtige und verantwortungsvolle Arbeit. Wie in vielen «Frauenberufen» sind sie jedoch unterbezahlt und die Arbeitsbedingungen sind schlecht.

Kitas sind häufig unterfinanziert. Aus Spargründen werden etwa Praktikantinnen und Praktikanten eingestellt und wenige Angestellte sind für viele Kinder zuständig.

Damit alle Kinder kompetent betreut werden können, braucht es faire Arbeitsbedingungen und ausgebildete Fachleute.

Klar ist: Kinderbetreuung kostet. Und sie ist gesellschaftlich notwendig. Heute tragen vor allem die Eltern die Kosten. In Zukunft soll die Finanzierung solidarisch über das Steuersystem erfolgen. Mit der Initiative fordern wir, dass der Bund 2/3 der Kosten übernimmt, Eltern jedoch höchstens 10 Prozent ihres Einkommens für die Kinderbetreuung aufwenden müssen.

Und klar ist auch: Ohne familienexterne Kinderbetreuungs-Einrichtungen würde die gesamte Wirtschaft zusammenbrechen. Es ist an der Zeit, sie endlich als Teil der öffentlichen Infrastruktur wie Schulen oder die SBB zu behandeln und gemeinschaftlich zu finanzieren.

Unterschreiben auf www.gute-kitas.ch



Cédric Wermuth
Nationalrat, Co-Präsident
SP Schweiz

Krankenkassenprämien belasten übermässig stark

von Barbara Gysi

Die hohen Krankenkassenprämien sind ein Dauerbrenner und belasten viele Arbeitleistende übermässig. Die Krankenkassenprämien haben sich in den letzten Jahren verdoppelt, während die Löhne nur wenig angestiegen sind. Für nächstes Jahr droht ein grosser Prämienschub, denn die Gesundheitskosten sind um 5% angestiegen. Die hohen Prämienlasten sind seit Jahren eine der Hauptsorgen der Bevölkerung. Menschen mit tiefem Einkommen kommen in Schwierigkeiten, weil sie die hohen Prämien stemmen müssen. Aber auch Familien oder Rentner ächzen unter der Prämienlast. Unser Gesundheitswesen ist gut, doch die Finanzierung ist in höchstem Masse unsozial.



Barbara Gysi
Nationalrätin SP, Mitglied
Kommission für soziale
Sicherheit und Gesundheit

Denn die Krankenkassenprämien werden im Kopfprämiensystem erhoben, unabhängig davon, wie viel jemand verdient. Die Raumpflegerin bezahlt also gleich viel für die Prämien wie der Bankdirektor, der Handwerker gleich viel wie die Wissenschaftlerin. In der Schweiz sind die Kosten, die man aus der eigenen Tasche begleichen muss, hoch und es gibt zu wenig steuerfinanzierte Teile im Gesundheitswesen. Abhilfe schaffen sollte das System der Prämienverbilligung und Menschen in einfachen Verhältnissen und Familien entlasten. Doch es funktioniert schlecht und wirkt ungenügend. Zu wenig klar sind die Vorgaben, und viele Kantone haben bei der Prämienverbilligung immer wie-

der gespart. Der Kanton Luzern musste gar mittels Bundesgerichtsentscheid gezwungen werden, mehr finanzielle Mittel für die Prämienverbilligung einzusetzen. Die Belastung der privaten Haushalte durch die Krankenkassenprämien beträgt durchschnittlich 14% des verfügbaren Budgets, verschiedentlich beträgt sie gar 20%. Darum fordert die Prämientlastungsinitiative der SP Schweiz eine maximale Prämienbelastung von 10% des verfügbaren Haushaltbudgets. Der Bund soll zwei Drittel der Kosten übernehmen. Die Gewerkschaften unterstützen die Prämientlastungsinitiative und auch der Bundesrat erkennt den Handlungsbedarf und unterbreitet dem Parlament einen indirekten Gegenvorschlag. Dieses Jahr werden die politischen Entscheide gefällt. Wir kämpfen für sozialere Krankenkassenprämien.

Bei Fragen, bitte fragen!

von Selina Egger

Da Recht haben nicht immer bedeutet, auch Recht zu bekommen, und mit rechtlichen Fragestellungen oft Ratlosigkeit oder gar Überforderung einhergehen, liegt es dem Aargauischen Gewerkschaftsbund am Herzen, diesbezüglich Hilfestellung zu leisten. Deshalb betreibt der AGB seit jeher eine unentgeltliche Rechtsauskunft.

Der AGB versucht, in der Ausgestaltung des Angebots möglichst viele Bedürfnisse abzudecken und gleichzeitig auch niederschwellig erreichbar zu sein. Deshalb können die Ratsuchenden uns am Mittwoch von 14:00 - 17:00 Uhr und Donnerstag von 15:00 - 17:00 Uhr telefonisch erreichen oder per E-Mail eine Auskunft verlangen. Die Anfragen per E-Mail werden so rasch wie möglich bearbeitet. Es ist zusätzlich genauso möglich, in einer Sprechstunde die Fragestellung in einem persönlichen Gespräch zu diskutieren. Diese finden wöchentlich in Aarau, Baden und Rheinfelden statt: In Aarau jeweils mittwochs von 14:00 - 17:00 Uhr im Volkshaus an der Bachstrasse, in Baden jeweils donnerstags von

15:00 - 17:00 Uhr an der Rathausgasse und in Rheinfelden ebenfalls donnerstags von 16:00 - 18:00 Uhr im Sitzungszimmer Ankenwaage im Rathaus.

Grundsätzlich sind die ersten 20 Minuten des Gesprächs gratis. Es gibt jedoch auch Anfragen, die zeitintensiver sind, weil sie oft weiterer Abklärungen bedürfen. Unter diesen Umständen erlaubt sich der AGB, den zusätzlichen Aufwand in Rechnung zu stellen.

Wenn Sie eine Einschätzung zu Ihrem Arbeitszeugnis wünschen, wenn Ihr Arbeitgeber den Lohn nicht vollständig bezahlt oder die Sozialabgaben nicht korrekt abrechnet, wenn Sie mit Ihrem Vermieter Probleme haben oder auch umgekehrt, wenn einer Ihrer Mitarbeitenden unentschuldigt der Arbeit fernbleibt oder Ihre Mieter den Mietzins nicht begleichen, oder aber auch wenn Sie sich scheiden lassen möchten, sich von Ihrem Partner oder Ih-



Selina Egger
Geschäftsführerin
ArbeitAargau

rer Partnerin trennen, in ein Strafverfahren verwickelt werden, Fragen zur Steuererklärung haben, plötzlich eine Betreibung in Ihren Briefkasten flattert oder wenn Sie mit Ihren Freunden einen Verein gründen wollen: Wir helfen Ihnen gerne weiter, indem wir Ihnen eine erste Einschätzung zur geltenden Rechtslage und Ratschläge für das weitere Vorgehen geben. Wir sind auch für Sie da, wenn Sie sich bereits umfangreich informiert haben und bloss eine Zweitmeinung abholen möchten.

Es ist uns ein grosses Anliegen, dass offene Fragen beantwortet und Unsicherheiten beseitigt werden können - denn nur so sind Sie in der Lage, für sich und Ihre Rechte einzustehen.



RECHTSAUSKUNFT
der Aargauer Gewerkschaften



Podiumsdiskussion zur Steuergesetzrevision

Podiumsdiskussion zur Steuergesetzrevision

Montag, 25. April 2022

Kultur- und Kongresshaus (KUK) Aarau, Saal 2
Türöffnung: 19.00 | Start: 19.30



PRO

Maya Bally
Grossrätin Die Mitte

Peter Gehler
Vizepräsident AIHK und
VR-Vizepräsident Siegfried AG



CONTRA

Carol Demarmels
Grossrätin SP und
Finanzmathematikerin

Reto Wyss
Zentralsekretär Schweizerischer
Gewerkschaftsbund

Am 15. Mai 2022 stimmt die Aargauer Stimmbevölkerung über die Änderung des Steuergesetzes ab, welche eine Senkung der Unternehmenssteuern vorsieht.

ArbeitAargau lädt zur Podiumsdiskussion ein, anlässlich welcher Befürworter:innen und Gegner:innen die Vorlage diskutieren und anschliessend für Fragen aus dem Publikum zur Verfügung stehen.

Es diskutieren unter der Leitung und Moderation von **Mathias Küng**, Politikchef Aargau und stv. Ressortleiter Aargau der Aargauer Zeitung:

Carol Demarmels Grossrätin SP und Finanzmathematikerin
Reto Wyss Zentralsekretär Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Maya Bally Grossrätin Die Mitte
Peter Gehler Vizepräsident AIHK und VR-Vizepräsident Siegfried AG

Begrüssung und Schlusswort:

Silvia Dell'Aquila, Vize-Präsidentin ArbeitAargau und Grossrätin SP
Alle weiteren Infos: www.arbeitsaargau.ch

Montag, 25. April 2022

Im Kultur- und Kongresshaus (KUK) Aarau, Saal 2
Türöffnung: 19.00 | Start: 19.30

Alle weiteren Infos: www.arbeitsaargau.ch



FEST DER SOLIDARITÄT

2022

Sa, 20. 8.

Arbeiterstrandbad
Tennwil